

## Kleine Anfrage

des Abgeordneten Martin Brandl (CDU)

und

## Antwort

des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten

### Bekämpfung der Stechmückenplage in der Oberrheinebene

Die **Kleine Anfrage 2600** vom 9. September 2014 hat folgenden Wortlaut:

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die diesjährigen Probleme mit Stechmücken in der Oberrheinebene im Vergleich zu den Vorjahren?
2. Welches sind nach Kenntnis der Landesregierung in diesem Jahr die Hauptprobleme der KABS (Kommunalen Abwehrgemeinschaft zur Bekämpfung der Schnakenplage)?
3. Inwiefern gibt es im Jahr 2014 Veränderungen beim Einsatz von b.t.i. (*Bacillus thuringiensis israelensis*) gegenüber den Vorjahren?
4. Welche Stechmücken-Gebiete werden 2014 nicht mit b.t.i. behandelt und warum?

Das **Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 1. Oktober 2014 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Im Vergleich zum Vorjahr gab es eine höhere Sequenz von starken Hochwässern. Dadurch war der Wasserstand des Rheins über einen längeren Zeitraum höher, was zu einem höheren Arbeitsaufwand bei der KABS führte.

Zu Frage 2:

Über besondere Herausforderungen der KABS bei der Bekämpfung der Stechmücken in diesem Jahr ist nichts bekannt. Nach eigenen Angaben ist die KABS mit dem Ergebnis zufrieden. Lediglich in der zweiten Augustwoche bis etwa Ende August gab es etwas mehr Stechmücken, was unter anderem auf das Auftreten von Druckwasserstellen zurückzuführen war.

Zu Frage 3:

Nach Angaben der KABS liegt der Verbrauch von b.t.i.-Eisgranulat bei etwa 250 Tonnen. 2013 lag der Verbrauch bei etwas mehr auf 300 Tonnen.

Zu Frage 4:

Nicht mit b.t.i. behandelte Flächen entsprechen den im Genehmigungsbescheid ausgewiesenen Gebieten und betreffen z. B. Brutkolonien von seltenen Vogelarten. Von einer bewussten Herausnahme weiterer Flächen 2014 ist nichts bekannt. Einzige Ausnahme stellt eine wissenschaftliche Untersuchungsfläche der Universität Koblenz-Landau im Bereich Neustadt dar.

Ulrike Höfken  
Staatsministerin